

Deutschlandpolitische Grundsatzpositionen und Zielvorstellungen in den westdeutschen Besatzungszonen 1945–1949

Einleitung

I. Ausgangslage und Konstellation 1945/46

1. Der äußere Rahmen. Alliierte Deutschlandpolitik und deutsche Möglichkeiten
2. Restitution des deutschen Nationalstaats als selbstverständliche Annahme
3. Traditionen und secessionistische politische Konzepte nach dem Zusammenbruch des NS-Staates
4. Realismus als Konsequenz der politischen Lage. Folgen des Antagonismus der Großmächte nach dem Bruch der Anti-Hitler-Koalition für Deutschland: Frühe Prognosen der Teilung Deutschlands
5. Programme und Perspektiven. Verfassungsentwürfe und deutschlandpolitische Konzeptionen der Parteien 1945–1948/49

II. Programme und Realitäten: Kernstaat und Magnettheorie

1. Entfremdung und Stagnation. Die Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz 1947 als Symptom
2. Diskussion der Offerte zur Weststaatgründung und Annahme des alliierten Auftrags im Sommer 1948
3. Pragmatismus und Westbindung: Die Abkehr vom Nationalstaat, Position Adenauers und der CDU
4. Einheitspostulat und Anti-Kommunismus: Positionen der SPD und Kurt Schumachers Magnettheorie

Zusammenfassung

Einleitung

Im Schock des Untergangs des nationalsozialistischen Staates und der ab Frühjahr 1945 offenbar werdenden Dimensionen seiner Verbrechen hatte die Frage, ob mit dem von Adolf Hitler geführten Deutschen Reich auch der deutsche Nationalstaat untergegangen war, aus verschiedenen Gründen für die meisten Deutschen zunächst weder existentielle noch aktuelle Bedeutung: Entweder reichte die Phantasie der aus innerer Emigration, zwangsläufiger

Zurückhaltung und Untätigkeit, aus Widerstand und Haft zurückkehrenden politisch denkende (zum Handeln erst allmählich wieder legitimierten) Menschen nicht aus, um sich die Aufspaltung des Deutschen Reiches in einzelne Nachfolgestaaten vorstellen zu können; oder ihr Blick war ganz auf die Territorialverluste im Osten gerichtet, woraus nicht nur für Konservative der selbstverständliche Schluß zu ziehen war, wo nach den Mustern der Revisionspolitik der Weimarer Republik die Fronten und Konfliktlinien künftiger deutscher Politik verlaufen würden: vermutlich im Kampf um die Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete. Die auf der Potsdamer Konferenz außerdem verkündete Vertreibung der Deutschen aus den Siedlungsgebieten in Ostmitteleuropa, lenkte weiter den Blick davon ab, was man künftig in der Realität unter dem Begriff der „deutschen Frage“ zu verstehen hatte, nämlich die Wiedergewinnung von staatlicher Existenz und Souveränität ausschließlich auf dem Territorium, das nach dem Beschluß der alliierten Siegerstaaten in vier Besatzungszonen eingeteilt war zum Zweck der Entmilitarisierung und Demokratisierung auf ungewisse Zeit.

Andererseits gab es auch Überlegungen, die Stunde des Zusammenbruchs zur Neuordnung zu benutzen. Unter dem Beifall der französischen Besatzungsmacht wurden in den Anfängen der Besatzungszeit Positionen des rheinischen Föderalismus diskutiert, die aus der Zerschlagung des ungeliebten Preußens unter antikommunistischer Prämisse die Rheinbundidee wieder beleben sollten. Aus ähnlichem Antrieb gab es in Niedersachsen das Wiedererwachen welfischer Traditionen und wurden in Bayern Sehnsüchte an die einstige größere Selbständigkeit im Bismarck-Reich oder besser noch in der Zeit davor kultiviert.

Solche Perspektiven blieben aber den im Vordergrund stehenden pragmatischen Problemen untergeordnet. In den Jahren 1945 bis 1948 waren deutsche Politiker nur dazu aufgefordert, im alliierten Auftrag und unter alliierter Kontrolle im engen Rahmen der Landespolitik, schließlich auf Zonenebene (nicht jedoch auf französischem Besatzungsgebiet) und, im Falle der amerikanisch-britischen Bi-Zone ab 1947, auf geringfügig höherer Ebene an der Verwaltung des Mangels und des Hungers, der Wiederherstellung von Infrastruktur und Wohnraum und an der politischen Säuberung im Rahmen der „Entnazifizierung“ mitzuwirken.

Die Realitäten des Besatzungsalltags lenkten die Phantasie der Menschen in den drei westlichen Zonen auf Probleme des materiellen Wiederaufbaus und im Zeichen des Kalten Krieges auf die Abwehr der gesellschaftlichen und der damit verbundenen strukturellen Veränderungen in der sowjetischen Besatzungszone. Mit diesen Notwendigkeiten war unter alliierter Kuratel der Rahmen deutschen Wirkens abgesteckt, für Visionen darüber hinaus bestand zunächst kein Bedarf, oder ihre Notwendigkeit wurde nicht gesehen.

I. Ausgangslage und Konstellation 1945/46

1. *Der äußere Rahmen. Alliierte Deutschlandpolitik und deutsche Möglichkeiten*

Auf unterschiedliche Weise war der deutsche Handlungsspielraum nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft und der Besetzung Deutschland durch die Siegermächte begrenzt. Die Abtrennung der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, im Zuge der militärischen Besetzung (wie auf den Kriegskonferenzen der Alliierten geplant) vorgenommen und auf der Potsdamer Konferenz sanktioniert, der Übergang staatlicher Hoheitsbefugnisse de jure auf den Alliierten Kontrollrat in Berlin, de facto auf die Militärgouverneure an der Spitze der vier Besatzungszonen, das Ausscheiden des Saargebietes aus der französischen Zone – alle diese einschneidenden Maßnahmen waren deutschem Einfluß völlig entzogen. Die neu entstehenden Strukturen, in denen Besatzungspolitik vollzogen und Deutschlandpolitik ergebnislos erörtert wurde, bildeten den Rahmen der Entwicklung der deutschen Frage über die Gründung der beiden Staaten im Herbst 1949 hinaus. Die Unfähigkeit der Alliierten, sich auf ein realisierbares Konzept einer gesamtdeutschen Nachkriegsordnung zu verständigen, beeinflusste die deutschen Haltungen entscheidend.

Das wesentliche Ergebnis der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 bestand darin, daß Deutschland in zwei verschiedene Reparationsgebiete geteilt wurde. Aus dem einen bediente sich die Sowjetunion, aus dem anderen, den drei Westzonen, bedienten sich die Westmächte bzw. die Gläubiger und Geschädigten Deutschlands. Auf der Potsdamer Konferenz war, das Problem alliierter Uneinigkeit kaschierend, vereinbart worden, daß ein Rat der Außenminister der vier Großmächte eine Friedensregelung für Deutschland vorbereiten solle, die in absehbarer Zeit die Besatzungszeit abschließen würde. Die erste Außenministerkonferenz fand im September/Oktober 1945 in London statt, man konnte sich auf nichts einigen. Der Antagonismus bestand zwischen Frankreich, das das Rhein- und Ruhrgebiet abtrennen wollte, und der Sowjetunion, die auf einer Viermächtekontrolle des Ruhrgebietes bestand. Man traf sich wieder im Frühjahr 1946 zur zweiten Konferenz in Paris. Dort forderte der amerikanische Außenminister Byrnes den Zusammenschluß aller Zonen, um das in Potsdam vereinbarte Ziel, wenigstens die wirtschaftliche Einheit Deutschlands aufrechtzuerhalten, zu erreichen. Dagegen beharrte die Sowjetunion auf der Reparationsformel, über die man seit der Krimkonferenz stritt. Die Sowjetunion verlangte 10 Milliarden Dollar Reparationen von Deutschland und forderte die Viermächtekontrolle des Ruhrgebietes. Die vier Außenminister gingen ein weiteres Mal ohne Ergebnis auseinander.¹ Als

¹ Vgl. Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-

kleinere Lösung der Kooperation wurde die amerikanisch-britische Bizone verabredet, daraus wurde 1947/48 das Modell der Bundesrepublik.

Ende 1946, auf der dritten Außenministerkonferenz in New York, wurde das deutsche Problem überhaupt nicht erörtert. Die Alliierten konzentrierten sich darauf, Friedensregelungen für die kleineren Staaten, für die ehemaligen Satelliten Hitler-Deutschlands, auszuarbeiten. Auf der vierten Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 in Moskau standen zwar Deutschlandkonzeptionen zur Debatte, aber die Sowjetunion bekämpfte die westliche, von den Amerikanern dominierte Idee eines föderalistischen Aufbaus Deutschland, und sie beharrte abermals auf ihren Reparationsforderungen – die Konferenz ging ohne Ergebnis zu Ende.

Eines der signifikantesten Ereignisse für die weitere Geschichte erfolgte im Juni 1947: die Verkündung des Marshall-Planes. Ende 1947, schon überschattet von dieser amerikanischen Idee eines Wiederaufbauprogramms für West-Europa, findet die fünfte und letzte Außenministerkonferenz in London statt. Sie wird vorzeitig ohne Ergebnis abgebrochen. Eine Verständigung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über das deutsche Problem scheint nicht mehr möglich. Die Westmächte werden im Anschluß daran aktiv. Es gibt eine Sechsmächte-Konferenz Ende 1947/Anfang 1948. Die drei westlichen Großmächte, zusammen mit den westlichen Nachbarn Deutschlands, verständigen sich dabei über den Weg, in dem die drei West-Zonen Deutschlands wieder zu einer staatlichen Existenz kommen können. Aus dieser Sechsmächte-Konferenz entsteht der Auftrag an die westdeutschen Ministerpräsidenten, einen Staat zu gründen; das geschieht am 1. Juli 1948. Mit der Annahme dieses Auftrages sind die Weichen gestellt für den Herrenchiemseer Verfassungskonvent, den Parlamentarischen Rat in Bonn, das Grundgesetz und schließlich die Gründung des Weststaates in Bonn im September 1949.

Von den Zeitzeugen wurde ein anderes Datum als die genannten Stationen der Entscheidung zur Staatsgründung als eigentliche Wende und als Neuanfang empfunden. Es war die Währungsreform in den drei Westzonen am 20. Juni 1948, die als Voraussetzung des Funktionierens der Marshall-Plan-Hilfe auf Initiative und nach Plänen der Westalliierten in Kraft trat. Mehr als alle symbolischen und politischen Manifestationen war die Währungsreform ein Akt der Trennung. Die brutale Reaktion der Sowjetunion durch die Blockade Berlins lenkte von den Ursachen ab und bestärkte die westliche Seite in ihren Bedrohungsängsten und in der Hoffnung auf eine westliche Teillösung der deutschen Frage.

Alle Konzepte, die zwischen dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes und des Deutschen Reiches 1945 und den beiden Staatengründungen

Deutschland, München 1986. Dort Übersicht zur Quellenlage und zum Forschungsstand. Der Zeitraum 1945–1949 ist für die drei Westzonen gründlich erforscht und dokumentiert, nicht zuletzt dank der Öffnung der amerikanischen und britischen, inzwischen auch französischen Archive.

1949 von deutscher Seite vorgelegt wurden², hatten den wachsenden Gegensatz zwischen Ost und West im Kalten Krieg zum Hintergrund, und jeder Lösungsvorschlag, der den geringen Handlungsspielraum auf deutscher Seite nicht in Rechnung stellte, war von vornherein nicht ernst zu nehmen.

2. *Restitution des deutschen Nationalstaats als selbstverständliche Annahme*

Das Fortbestehen des deutschen Nationalstaats (und zwar lange Zeit in der Vorstellung, die Grenzen von 1937 seien wieder herstellbar) war ein selbstverständliches Postulat der mit dem Zentrum Hannover unter der Führung von Kurt Schumacher im Frühjahr 1945 wieder ins Leben getretenen Sozialdemokratie. Triebkräfte der von Schumacher mit Leidenschaft betriebenen Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, dem Wiederaufbau der SPD und dem damit verfolgten Ziel eines erneuerten Deutschland im Zeichen des demokratischen Sozialismus waren ein ausgeprägtes nationales Bewußtsein und die Überzeugung, allen Bestrebungen zur Vereinigung der Arbeiterparteien unter kommunistischer Vorherrschaft entgegenzutreten zu müssen.

Die SPD der drei Westzonen sah sich unter Führung Schumachers bald an der Spitze des Kampfes um die nationale Einheit, und zwar sowohl in der Abwehr der im März 1946 in der sowjetischen Besatzungszone verwirklichten Vereinigung von KPD und SPD zur SED als auch in der selbstverständlichen Überzeugung, das Bekenntnis zur Nation unbefangen äußern zu dürfen vor dem Hintergrund ihrer historischen Rolle als Propagandistin des Internationalismus wie als verfolgte und weniger als ehemalige bürgerliche Parteien (von der DNVP über das Zentrum bis zur DVP und zur Staatspartei) von Kompromissen mit den Nationalsozialisten kompromittierte politische Partei. Die Selbstverständlichkeit der sozialdemokratischen Position kommt in einem Aufruf aus dem Jahr 1945 zum Ausdruck, in dem es heißt: „Es gibt nicht einmal ein einheitliches Deutsches Reich, sondern nur die Hoffnung auf sein zukünftiges Erstehen, wie sie sich aus einigen Erklärungen der Siegermächte herleiten läßt. Zur Zeit lebt Deutschland nur als Idee und nicht als Tatsache.“ Als Sachwalterin dieser Idee fühlte sich die SPD in Anspruch genommen: „Die Sozialdemokratie aber sagt der Welt, daß dieses Leben ohne ein einheitliches Deutschland für die Welt das gute Leben nicht ist, das den anderen Völkern als Kriegsziel vorgeschwebt hat. Ein so großes Volk ist ohne nationale Einheit und als bloßes Objekt der verschiedenartigsten fremden politischen Einflüsse ein Herd der Fäulnis und Zersetzung. Die ungelösten Probleme und die aus

2 Vgl. „Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen“. Zur Geschichte des Grundgesetzes. Entwürfe und Diskussion 1941–1949, hrsg. von Wolfgang Benz, München 1979. Vgl. ferner Wolfgang Benz, Günter Plum, Werner Röder, Einheit der Nation. Diskussion und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945. Stuttgart 1978.

der Ungelöstheit neu entstehenden Fragen sind Quellen ewiger Unruhen und der Vergiftung der internationalen Atmosphäre.“³

Im Oktober 1945 ließ Schumacher in einer programmatischen Erklärung ein anderes Moment anklingen, nämlich das der Abgrenzung gegenüber den Alliierten, insbesondere gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht: „Wir deutschen Sozialdemokraten sind nicht britisch und nicht russisch, nicht amerikanisch und nicht französisch. Wir sind die Vertreter des deutschen arbeitenden Volkes und damit der deutschen Nation. Wir sind als bewußte Internationalisten bestrebt, mit allen internationalen Faktoren im Sinne des Friedens, des Ausgleichs und der Ordnung zusammenzuarbeiten. Aber wir wollen uns nicht von einem Faktor ausnützen lassen.“⁴

War dies in erster Linie die Klärung der Position gegenüber dem Kommunismus, so machte Schumacher in einem Brief an Fritz Sänger, Ende Dezember 1945, die Position gegenüber den deutschen „Besitzbürgern“ deutlich, die er als Vertreter der „stärksten Bejahung der überkommenen Denkformen“ bekämpfte. In nationaler Hinsicht nahm Schumacher für seine Partei die alleingültige moralische Haltung in Anspruch, der gegenüber sich frühere bürgerliche Parteien, die sich einst mit dem Etikett „national“ geschmückt hätten, auf Positionen christlicher Weltanschauung zurückgezogen hätten: „Es ist schon so in Deutschland, daß nur die politischen Moralisten, wenn ich so sagen darf, um Ideen wie Demokratie, Sozialismus, Reichseinheit usw. kämpfen. Die Leute, die etwas besitzen, kennen nur einen Inhalt der Politik, und das ist die Verteidigung dieses Besitzes. Der Aufbau des bürgerlichen Parteiensystems dient nur diesem einen Zweck.“⁵

Der politische Liberalismus hatte sich in regionalen Parteien unter mehreren Namen und in programmatischer Vielfalt wieder zusammengefunden. Ab 1949 hieß die Partei bundeseinheitlich FDP. Zu ihren führenden Repräsentanten gehörten Theodor Heuss und Thomas Dehler in den westlichen Besatzungszonen und Wilhelm Külz in der SBZ. Äußerlich demonstrierten die Liberalen mehr als andere die nationale Einheit. Der Mitgründer und Vorsitzende der ostzonalen LDP, Wilhelm Külz, war zusammen mit Theodor Heuss Vorsitzender des Versuchs einer gesamtdeutschen liberalen Partei 1946/47. Nach der Sitzung des vorläufigen Reichsvorstandes der Demokratischen Partei Deutschlands im November 1947 kam es zum Bruch, weil Külz im Westen allzusehr als

3 Aufruf der SPD von 1945, in: Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit. Ein dokumentarischer Nachweis der gesamtdeutschen Haltung der Sozialdemokratie und ihrer Initiativen, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn (Januar 1954), hekt. Archiv Institut für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ) Dn 012, S. 3 f.

4 Kurt Schumacher. Programmatische Erklärung auf der Konferenz in Hannover am 5.10.1945, ebenda, S. 5.

5 Kurt Schumacher an Fritz Sänger 28.12.1945, Archiv der Sozialen Demokratie Bonn, Bestand Schumacher, J. 1.

Kollaborateur der sowjetischen Militäradministration und als Handlanger der SED in Verruf geraten war.⁶

Den Liberalen blieb die nationale Einheit selbstverständliches Gebot. Das kam bis Ende 1947 auch organisatorisch zum Ausdruck, wenn etwa Heuss auf dem Eisenacher Parteitag im Juli 1947 als Redner auftrat. Das Plädoyer von Külz für den deutschen Einheitsstaat, das er bei diesem Parteitag am 5. Juli 1947 in Eisenach hielt, wurde sogar 27 Jahre später vom FDP-Parteivorstand noch als Beweisstück und Schlüsseldokument für die Haltung der Liberalen zur deutschen Frage angeführt: „Ich frage: Gibt es einen einzigen deutschen Staatsmann in der Welt, der glaubt, daß ein wirtschaftlich zersplittertes, darniederliegendes, staatlich nicht geeinigtes Deutschland in der Lage ist, sicherer Reparationen zu zahlen als ein zusammengeschlossener Staat, ein funktionsfähiges Deutschland? Wir wollen die Einheit aus positiven Gründen für unser Volk. Es bedarf keiner Volksabstimmung darüber, ob das deutsche Volk einen Einheitsstaat will oder nicht. Ich frage höchstens: Welche Einheit? Es taucht das Wort Föderalismus auf. Föderalismus braucht kein Hinderungsgrund zu sein, staatlich leistungskräftig zu sein. Die Sowjetunion ist ein Beispiel dafür, aber die Sowjetunion besteht aus sechsunddreißig Nationen. Da ist der föderalistische Staat das Gegebene. Wir aber bestehen aus nur einer Nation und aus vier Zonen. Wir sind ein Volk.“⁷

Die außen- und deutschlandpolitische Grundposition der Liberalen bestand im wesentlichen in der sicheren Hoffnung auf ein irgendwie zwangsläufig zustande kommendes Wiedererstehen des deutschen Nationalstaates, und zwar in seinen alten Grenzen. In der Bremer Plattform von 1949, der ersten Ausformung politischer Grundsätze der Gesamtpartei FDP, hieß es zur Deutschlandpolitik: „Die Freie Demokratische Partei ist von der starken Zuversicht durchdrungen, daß der Tag kommen wird, an dem alle Deutschen, vom kommunistischen Terror befreit, in einem demokratischen Rechtsstaat vereint sein werden.“⁸ Und der Beschluß des Bremer Parteitags zum Heimatvertriebenenproblem wurde ganz selbstverständlich mit der Feststellung eingeleitet, daß jede Behandlung dieser Fragen verbunden sein müsse mit der Forderung der Rückgabe der Gebiete ostwärts der Oder-Neiße-Linie: „Die Freie Demokratische Partei wird einer Verewigung der jetzigen Regelung niemals zustimmen, sondern unablässig ihre Bemühungen darauf richten, daß den Heimatvertriebenen ihre alte Heimat wiedergegeben wird.“⁹ Angesichts der

6 Vgl. Wilhelm Külz, ein Liberaler zwischen Ost und West. Aufzeichnungen 1947–1948, hrsg. von Hergard Robel. München 1989, S. 34.

7 Wilhelm Külz. Für den deutschen Einheitsstaat. Aus der Rede auf dem LDP-Parteitag am 5. Juli 1947 in Eisenach in: Liberale Politiker zur deutschen Frage 1947–1974, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der FDP, Bonn 1974 (Archiv IFZ. Dn 031). S. 7.

8 Bremer Plattform der FDP, in Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. II Berlin 1963, S. 275.

9 Ebenda. S. 286

immer schmerzvoller empfundenen Realität, der Zerstückelung Deutschlands unter verschiedenen Besatzungsregimes und der abgetrennten Gebiete lagen den Vertretern des politischen Liberalismus Gedanken an Alternativen zum Nationalstaat ebenso fern wie Vorstellungen von Veränderungen der bürgerlich traditionellen Wirtschafts- und Sozialordnung.

3. *Traditionen und sezessionistische politische Konzepte nach dem Zusammenbruch des NS-Staats*

Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches und das Erlöschen der deutschen Souveränität im Frühjahr 1945 förderte in einigen historisch dafür prädestinierten Regionen Tendenzen des Separatismus. Teils lebten Traditionen der 20er Jahre wieder auf, wie in der Pfalz, im Rheinland und im Saargebiet, teils meldeten sich Autonomiebewegungen zu Wort wie in Baden (die u. a. den Anschluß an das Elsaß erstrebten) oder in Schleswig-Holstein, wo der Anschluß an Dänemark erstrebenswert schien. Aus eskapistischen Gründen artikulierten sich solche Tendenzen, man wollte dem befürchteten kollektiven Schicksal Deutschlands, begünstigt durch die eigene Randlage, entgehen. Die sogenannten Bewegungen waren aber weder von Dauer noch erhielten sie nennenswerte Unterstützung in der Bevölkerung, die über die erste Nachkriegszeit hinaus reichte.

In der ehemaligen preußischen Provinz Hannover wurde im Sommer 1945 in Anlehnung an die Tradition der Großdeutsch-Hannoverschen-Partei eine Niedersächsische Landespartei gegründet, die in der Kontinuität der Welfenbewegung stand, die die Wiederherstellung des souveränen Königsreichs Hannover nach der Annexion durch Preußen 1866 propagiert hatte. Die Niedersächsische Landespartei hoffte auf die Gunst der Stunde und sah insbesondere die Auflösung des Staates Preußen als Chance zur Wiederbelebung eigenstaatlicher Traditionen. Aus taktischen Gründen wurde die monarchistische Komponente weniger hervorgekehrt, als Ziel war ein staatenbündisch organisiertes Großdeutsches Reich avisiert. Die Partei erreichte bei den Wahlen im April 1947 gegen die Konkurrenz der CDU den Status der zweitstärksten politischen Kraft im neugegründeten Land Niedersachsen. Im Juli 1947 erfolgte die Umbenennung in „Deutsche Partei“. Die Partei verstand sich als christlich konservative Rechtspartei mit antizentralistischer und antipreußischer Ausrichtung. Mit der CDU war sie – trotz der Konkurrenzsituation – in einem antimarxistischen Bürgerblock verbunden. Mit der Umbenennung in „Deutsche Partei“ konnte die Basis in Norddeutschland unter starker Betonung föderalistischer Postulate und nationalkonservativer Orientierung verbreitert und über die Nachkriegsjahre hinaus gehalten werden.

Im gleichen Maße, in dem die regionale welfische Orientierung aufgegeben wurde, endete auch die sezessionistische Tendenz.¹⁰

In Bayern hatten separatistische und partikularistische Wünsche und Bestrebungen die längste und lebendigste Tradition. Dazu kam ein weit verbreiteter Eskapismus, der sich auf die Überzeugung stützte, Bayern habe an der deutschen Katastrophe keinen Anteil, sie sei vielmehr durch ein Übermaß an Zentralismus verschuldet und Bayern gehöre zu den Opfern. Zu den (parteiübergreifenden) historischen Reminiszenzen in Bayern gehörte die verbreitete Überzeugung von einer bayerischen Sonderrolle in Deutschland, die mindestens wiederhergestellt werden müsse, außerdem die Annahme, von Bayern aus vorbildlich für eine extrem föderalistische Gestalt Deutschlands beim staatlichen Wiederaufbau wirken zu müssen.

Neben dieser Wiederbelebung der Idee von „Bayerns deutscher Aufgabe“ standen aber auch Sezessionsprojekte wie die Erreichung einer Donauföderation mit Österreich und Ungarn und Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie und der Rückkehr zum Verfassungszustand von 1818, also einer weitestgehenden Selbständigkeit in einem locker organisierten deutschen Bund. Die „Bayerische Heimat- und Königspartei“, die mit solchem ideologischen Anspruch im Oktober 1945 Lizenzantrag gestellt hatte, wurde im Mai 1946 von der amerikanischen Militärregierung verboten.¹¹

In starker und lange Zeit erfolgreicher Konkurrenz zur CSU operierte ab Oktober 1946 die Bayernpartei als Sammelbecken für Radikalföderalisten, bayerische Patrioten, Separatisten und Partikularisten. Die Partei stand während der Krise der CSU ab Anfang 1948 im Zenit des Erfolges, ehe sie Anfang der 50er Jahre zur regionalen Traditions- und Heimatpartei denaturierte. Programmatisch war die Bayernpartei eine kleinbürgerlich-mittelständische Protestpartei, die das Postulat eines eigenständigen Bayerns verfocht und damit starken Rückhalt in der Bevölkerung hatte.¹²

Am konkretesten waren im Sommer 1945 die Vorstellungen über die Auflösung des deutschen Staatsverbandes im Rheinland ausgeprägt. Der Realpolitiker Konrad Adenauer bedachte 1945 die Möglichkeiten einer staatenbündischen Neuordnung, bei der ein Rheinstaat, an Frankreich angelehnt und dessen Sicherheitsinteressen entgegenkommend, im Mittelpunkt stand. Vermittelt durch den Schweizer Generalkonsul in Köln erörtert Konrad Adenauer als Oberbürgermeister von Köln im August und September 1945 mit Vertretern des französischen Militärgouverneurs von Rheinland-Hessen-Nassau, General Pierre Billotte, seine deutschlandpolitischen Vorstellungen und legt seine Auffassung schließlich in einem Memorandum dar, das am 17. September

10 Vgl. Hermann Meyn, *Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer nationalkonservativen Rechtspartei nach 1945*, Düsseldorf 1965.

11 Peter Jakob Kock, *Bayerns Weg in die Bundesrepublik*, München 1983, S. 102 ff.

12 Ilse Unger, *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957*, S. 18 f.

1945, die vorangegangenen Gespräche zusammenfassend, in Bad Ems an die Adresse des Generals Billotte überreicht wird. Dort heißt es: „Das von Rußland besetzte Gebiet scheint für eine nicht zu schätzende Zeit aus den Betrachtungen ausscheiden zu müssen. Die von Rußland entgegen den Potsdamer Beschlüssen vorgenommene Einsetzung einer Schattenregierung für eine Zone beweist klar, daß Rußland entschlossen ist, seine eigenen Wege zu gehen. Aus den zwei Teilen, die bei Schaffung eines Rheinstaates übrig bleiben, dürften wohl zwei Staaten zu bilden sein. Diese dann bestehenden drei Staaten könnten ein loses, dem Commonwealth entsprechendes völkerrechtliches Gebilde werden. Alle drei Staaten müßten eine voneinander unabhängige Außenpolitik treiben dürfen, insbesondere eigene – jeder für sich – Auslandsvertretungen haben.“¹³

Den Oststaat im sowjetischen Einflußgebiet mitgerechnet, hätte es nach dieser Konzeption vier Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches gegeben, von denen drei: der Rhein/Ruhr-Staat, der Norddeutsche und Süddeutsche, in einer lockeren Föderation kooperiert hätten. Adenauer reagierte mit diesem Modell auf Ideen des Generals de Gaulle, die im September 1945 durch die Presse gegangen waren, und Adenauer war der Meinung, „diese Pläne böten bei der katastrophalen Lage am ehesten Gewähr, daß von Deutschland noch gerettet werde, was noch gerettet werden kann“. Adenauers Denkfiguren wurden aber nicht weiter verfolgt. Als Besatzungs- und Schutzmacht war Frankreich, wie sich in den folgenden Jahren zeigte, auch weit weniger attraktiv als die beiden größeren Westalliierten, die ihrerseits viel Mühe hatten, den unbequemen französischen Bundesgenossen von seinen staatenbündischen Deutschlandkonzeptionen abzubringen.

4. *Realismus als Konsequenz der politischen Lage. Folgen des Antagonismus der Großmächte nach dem Bruch der Anti-Hitler-Koalition für Deutschland: Frühe Prognosen der Teilung Deutschlands*

Hinsichtlich der vermuteten staatsrechtlichen Entwicklung in Deutschland war vor allem im bürgerlichen Lager (d.h. unter den partei gebundenen Gebildeten und bei Anhängern konservativer und liberaler Positionen) Pessimismus verbreitet, der sich aus antikommunistischen Ängsten und Überzeugungen, aus der Furcht vor dem sowjetischen Besatzungsregime, der Annahme eines schwer zügelbarem sowjetischen Expansionsdranges und den aus der sowjetischen Besatzungszone kommenden Nachrichten und Gerüchten nährte. Nachwirkungen der nationalsozialistischen antibolschewistischen Propaganda flossen ebenso in dieses Weltbild ein wie die Vermutung, die Einheit der Siegermächte werde bald in einen Ost-West-Gegensatz umschlagen. Dies

¹³ Aufzeichnungen Adenauers in: Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz Rudolph Weiss 1944–1945, hrsg. von Hanns Jürgen Küsters und Hans Peter Mensing, München 1986, S. 206.

war zunächst bürgerliches Wunschenken, wurde aber spätestens während der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 weithin zur Gewißheit. Die zu Kriegsende von vielen gehegte Illusion, der Kampf gegen den Bolschewismus könne nach der Beseitigung des NS-Regimes an der Seite der Westmächte fortgesetzt werden, wich Bedrohungsängsten. Als Ausweg wurde weithin die Abschottung vom sowjetischen Einflußgebiet und Anlehnung an die Westalliierten propagiert.

Der ehemalige Reichsminister (DVP) Paul Moldenhauer, Fachmann für Versicherungswissenschaften und zuletzt Mitglied der Kommission für die Dezentralisierung der I.G. Farben, notierte am 25. Mai 1945 in sein Tagebuch: „In zwei Besprechungen, die ich gestern hatte, wurde ich gefragt, ob es nicht eine deutsche Reichsregierung geben könne. Ich habe darauf zunächst geantwortet, daß ich mir eine solche nur westlich der Elbe vorstellen könnte, denn die Russen schienen nach allem in ihrem Gebiet ihre eigene Politik zu betreiben.“¹⁴ Und wenig später sah er sich, anläßlich der alliierten Deklaration über die Niederlage Deutschlands, in seinem Pessimismus bestätigt: „Die Russen besetzten Deutschland bis zur Ostgrenze Hannovers, behalten also ganz Mecklenburg und erhalten diesseits der Elbe Thüringen, die Provinz Sachsen und das ganze alte Königreich Sachsen. Also vollkommene Zurückweichen der Anglo-Amerikaner vor Stalin ... Es scheint, daß sich Stalin ein großes Bündnisystem von Vasallenstaaten aufbauen will, nämlich Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, Österreich, Tschechoslowakei und Polen. Nimmt man dazu, daß die russische Westgrenze zwischen Elbe und Rhein liegt, die Russen in vier Stunden mit dem Auto in Frankfurt/Main sein können, so ist kein Zweifel, daß das Ende des Krieges in der absoluten Vorherrschaft Rußlands in Europa gipfelt.“¹⁵ Das Beispiel ist durchaus typisch für die Einstellung und den Erwartungshorizont vieler Deutschen in den westlichen Besatzungszonen.

Theodor Eschenburg, im Herbst 1945 Privatmann ohne Amt oder Funktion, hatte die staats- und verfassungsrechtliche Situation Deutschlands überdacht und das Ergebnis zu Papier gebracht. Auch hier findet sich ganz früh die Ausgrenzung der russisch besetzten Zone aus den Überlegungen zur Wiedergewinnung deutscher Staatlichkeit. Hinter zahlreich im Text vorkommenden beiläufigen Formulierungen und Hinweisen auf einen als definitiv empfundenen Sonderstatus der Ostzone erkennt man pragmatischen Sinn für Realität: Die großen Mächte hätten sich die Behandlung der deutschen Frage in Teheran und Jalta wohl wesentlich einheitlicher vorgestellt, als sie sie jetzt durchzuführen in der Lage seien, konstatiert Eschenburg, und das schwerfällige

14 Nachlaß Paul Moldenhauer, Nr. 4, Bundesarchiv Koblenz Bl. 31 (25.5.1945).

15 Ebenda, Bl. 37 (2.6.1945)

Besatzungsregiment sei „das praktisch politische Ergebnis eines beendeten Koalitionskrieges mit dem sichtbaren Nachlassen der Einigungskräfte“.¹⁶

Die verfassungsrechtliche Entwicklung unter Besatzungsregime und dessen allmählichen Abbau stellte sich Eschenburg in den einzelnen Besatzungszonen in verschiedener Reihenfolge und zu unterschiedlichen Zeitpunkten vor. Er rechnete mit einem Vorsprung in den Westzonen, und bei der grundsätzlichen Wünschbarkeit einer vierzonalen Entwicklung glaubte er nicht an die Zustimmung der sowjetischen Seite zu einer gemeinsamen Regelung. In diesem Fall plädierte er für pragmatische Entwicklungen in Richtung eines westdeutschen Bundes und eines ostdeutschen Territoriums:

„Ist Rußland nicht bereit, dann sollten die übrigen Besatzungszonen, wenn die anderen Mächte zustimmen, nicht unter der Haltung Rußlands leiden. Es sollte der Zusammenschluß unter diesen erfolgen. Um nicht ganz die Beziehung zu dem deutschen Gebiet der russischen Zone aufzugeben, müßte zwischen diesem und der Bundesregierung eine Vereinbarung über die Bildung eines gemeinsamen Verbindungskomitees getroffen werden. Seine Aufgabe wäre, die Einheitlichkeit in Gesetzgebung und Verwaltung überall dort herzustellen, wo es möglich ist, und die Beziehungen zu der russischen Besatzungszone und dem deutschen Bundesgebiet soweit zu pflegen, als es irgend zulässig ist. Auf diese Weise werden immerhin die Vorbereitungen getroffen und die Voraussetzung geschaffen, um beide Gebiete bei Räumung der russischen Besatzungszone zu einem einheitlichen Staatsgebilde souveränen Charakters wieder zu vereinigen. Würde Rußland einer Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands zustimmen, so wäre der Name dieses Staates wohl Deutschland oder Deutscher Bund. Würde sich diese Regelung nur auf die nichtrussischen Zonen erstrecken, so könnte sich der so geschaffene Bund 'Westdeutscher Bund' nennen, während die russische Besatzungszone den Namen 'Ostdeutschland' hätte.

Der Westdeutsche Bund und Ostdeutschland würden also gleichsam einen übergeordneten Bundesstaat bilden. Dessen oberste und einzige Instanz wäre dieses Verbindungskomitee, das in seinen Funktionen mit dem Frankfurter Bundestag zu vergleichen wäre. Es kann jeweils nur Entscheidungen treffen, wenn Einstimmigkeit erzielt ist. Politisch wie staatsrechtlich ist es keine glückliche Konstruktion. Sie scheint aber die einzige Möglichkeit zu sein, um die Voraussetzungen für die Einheit Deutschlands zu erhalten und gleichzeitig der westlichen Hälfte Deutschlands die Souveränität wieder zu geben. Autonomie und Souveränität bilden aber für die deutsche Entwicklung so wichtige Faktoren, daß auf ihre Rückgewinnung zum frühest möglichen

16 Wolfgang Benz, Staatsneubau nach der bedingungslosen Kapitulation. Theodor Eschenburgs „Überlegungen zur zukünftigen Verfassung und Verwaltung in Deutschland“ vom Herbst 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 173.

Zeitpunkt nicht, um eine scheinbar von Tag zu Tag weniger existierende Einheit zu erhalten, verzichtet werden darf.“¹⁷

Ganz unabhängig voneinander bildeten derartige Gedankengänge, wie sie Eschenburg besonders früh konzipiert hatte, in der folgenden Zeit den Kern westdeutscher Vorstellungen zur Lösung der deutschen Frage. Im Wunsch zur Abgrenzung nach Osten, gegen die Einflußsphäre der Sowjetunion und zur Bindung an den Westen, waren sich maßgebende Politiker in den drei westlichen Besatzungszonen früh einig. Der CDU-Politiker Hans Schlange-Schöningh konstatierte, die Erfahrungen einer Reise nach Thüringen im Mai 1946 zusammenfassend, daß es „unbedingt notwendig“ sei, „die drei Zonen im Sinne einer zielklaren Westpolitik zu organisieren“ und eine „deutsche Zentralregierung mit Exekutivgewalt unter der Kontrolle der Westmächte“ zu schaffen, um den wirtschaftlichen Aufbau endlich in Gang zu bringen, wodurch ein „fester Block gegen die russischen Bestrebungen geschaffen werden“ könne. „Auf diese Weise“, hoffte Schlange-Schöningh, „wird vielleicht in Kürze ein solches Übergewicht entstehen, daß die Russen daraufhin bis zur Oder nachgeben. Bleibt aber der jetzige Zustand, so fürchte ich, daß bei zu langem Hinauszögern einer Entscheidung eine ähnliche Gefahr heraufziehen wird, wie sie für die ganze Welt einst durch Hitler entstand ...“¹⁸ Der frühere pommersche Rittergutsbesitzer und ehemalige deutschnationale Reichstagsabgeordnete und Minister Schlange-Schöningh gehörte zu den Mitgründern der CDU, war 1946 Chef des Zentralamts für Ernährung in der britischen Zone und 1947–1949 Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bizone, er gehörte bis 1949 zu den einflußreichen Politikern der CDU.

Ebenfalls pragmatisch und realitätsorientiert votierte auch Konrad Adenauer als CDU-Vorsitzender in der britischen Zone im August 1946 auf einer Tagung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone für einen Zusammenschluß der drei Westzonen: „Für uns bedarf es wohl keiner Erörterung, daß es wünschenswert ist, wenn nun Rußland den Eisernen Vorhang nicht hochzieht und wir infolgedessen kein einheitliches Wirtschaftsleben in ganz Deutschland haben können, wir dann als zweitbeste Lösung das einheitliche Wirtschaftsleben in den drei nicht von Rußland besetzten Zonen möglichst bald verlangen müssen und dabei auch der Hoffnung Ausdruck geben dürfen, daß England, Frankreich und Amerika dann nun auch, wenn sie diesen entscheidenden Schritt gegenüber Rußland getan haben, nicht zögern werden, das Wirtschaftsleben in diesen drei westlichen Zonen wirklich zur Entfaltung

17 Ebenda, Bl. 37 (2.6.1945)

18 Werner Abelshausen. Zur Entstehung der „Magnet-Theorie“ in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningh über seinen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), S. 679.

kommen zu lassen.“¹⁹ Daß mit der Entfaltung des ökonomischen Lebens auch die Konsolidierung der Staatlichkeit verbunden sein – oder ihr doch bald folgen – mußte, war allen Anwesenden bewußt, und es war zu diesem Zeitpunkt auch schon sehr erhofft.

Kurt Schumacher an der Spitze der Sozialdemokraten tat sich schwerer, die patriotischen Gefühle – die auf die Einheit der Nation zielten –, die antikommunistischen Affekte, den Wunsch nach Durchsetzung eines demokratischen Sozialismus in Deutschland und die Sorge vor der Teilung der Welt in Einklang und auf eine schlüssige politische Formel zu bringen. Bei einer Wahlkundgebung in Stuttgart sagte er im Dezember 1947: „Wir sind der Meinung, daß die deutsche Frage ihre außerordentliche Wichtigkeit jetzt in der Welt nicht deswegen bekommen hat, weil es die deutsche Frage ist, sondern deswegen, weil eine drohende Teilung der Welt und Europas mitten durch das deutsche Volk geht und dadurch das Schicksal dieser Nation stärker als das Schicksal aller anderen heute in der weltpolitischen Diskussion in den Vordergrund kommt . . . Die Teilung der Welt mitten durch ein Volk hindurch wäre die allergefährlichste Teilung der Welt, und jede Teilung Deutschlands ist voller Gefahren für Europa und für die Welt, denn jede Teilung Deutschlands ist ja ein Umweg, ein Umweg in nationaler und internationaler Beziehung.“²⁰

Aber genau hier schloß Schumacher die Bemerkung an, den Weststaat wolle zwar niemand, er sei weder von den Deutschen in den Westzonen noch von den Westmächten geplant gewesen, er sei lediglich die Reaktion auf die längst geplante Errichtung des Oststaats. Die Vorstellung, wie die einheitliche Willensbildung bei allen Deutschen, unter der Voraussetzung der Einigkeit der Sieger, erfolgen müsse, hatte Schumacher bereits artikuliert. Es war der Katalog von Forderungen, der als westliches Wiedervereinigungskonzept dann noch lange Jahre der östlichen Seite entgegengehalten wurde. Die Reihenfolge der einzelnen Schritte galt als unverrückbar:

- „1. Fallen der Zonengrenze. Freier Verkehr der Personen. Güter und Ideen in allen Zonen. Wirtschaftliche Einheit als die Grundlage.
2. Freie Wahlen mit allen zugelassenen Parteien in allen Zonen unter der gleichen staatsbürgerlichen Berechtigung und derselben Rechtssicherheit für alle Personen und Parteien.
3. Ein so gewähltes Parlament, fern von jeder Polizeidiktatur, jeder diktatorischen Beeinflussung von innen und außen, ein solches Parlament der völligen politischen Gleichheit in allen Zonen, ein solches Parlament und nur ein solches Parlament kann dann eine deutsche Regierung schaffen,

19 Helmut Pütz (Bearb.), Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands. Bonn 1975, S. 171.

20 Willy Albrecht (Hrsg.) Kurt Schumacher. Reden-Schriften-Korrespondenzen 1945–1952. Berlin/Bonn 1985. S. 575 f.

und die so geschaffene Regierung, verantwortlich dem ganzen deutschen Volk, die so geschaffene Regierung ist dann im Stande, bei den Friedensverhandlungen das deutsche Volk zu vertreten und zu verpflichten und zu verbinden. Eine solche Regierung und keine andere Regierung.“²¹

Die östliche Gegenseite konnte nach ihrem Demokratie- und Politikverständnis dieses Programm kaum als Einladung zur Wiedervereinigung verstehen. Das war im Westen natürlich bekannt. Der Wunsch nach materiellem Wiederaufbau hatte hier nach Kriegsende schnell Priorität gewonnen; die sowjetische Besatzungszone und das dortige Besatzungsregime wurden dabei im Westen bald als Hemmnisse empfunden. Die einschneidenden Reformen im politischen und gesellschaftlichen System, die von der sowjetischen Militäradministration in der Ostzone angeordnet wurden, vertieften die Kluft zwischen den drei Westzonen und der SBZ und förderten zwangsläufig die Entfremdung. Der SPD-Vorsitzende betonte auch in der Folgezeit, etwa auf einer Pressekonferenz in München am 19.1.1948, daß er nicht die Errichtung eines Weststaates wolle. Er deutete freilich die Zwangsläufigkeit der Entwicklung an, als er ausführte: „Die künstliche und seit 30 Monaten eingeleitete Abschnürung der Ostzone vom übrigen Deutschland führt naturgemäß zu einer stärkeren Zusammenarbeit der Zonen, in denen freier Verkehr der Ideen und Güter vorhanden ist. Man sollte mit dem Gedanken eines Weststaates nicht spielen. Man sollte sich hüten, dieses Wort ohne die Voraussetzung des Begriffs Oststaat überhaupt zur öffentlichen Besprechung zu bringen.“²²

5. *Programme und Perspektiven, Verfassungsentwürfe und deutschlandpolitische Konzeptionen der Parteien 1945–1948/49*

Die Artikulation politischen Willens war deutschen Politikern in den ersten beiden Besatzungsjahren oberhalb der Länderebene in zwei Gremien möglich, im Länderrat der US-Zone und im Zonenbeirat der britischen Zone. Der Länderrat, seit Oktober 1945 in Stuttgart tagend, war ein Koordinierungsorgan, in dem die Ministerpräsidenten des amerikanischen Besatzungsgebiets unter US-Kontrolle legislative und administrative Maßnahmen im Rahmen ihrer Befugnisse aufeinander abstimmten. In der britischen Zone saßen ab März 1946 (vor der Neubildung der Länder) in Hamburg im Zonenbeirat Vertreter der politischen Parteien, der Landes- und Provinzregierungen, der Zonenzentralämter und der Gewerkschaften, um die britische Militärregierung

²¹ Ebenda

²² Schumacher auf einer Pressekonferenz in München: Keine Gründung eines Weststaates“ durch den Ausbau der Institutionen der Bizone, ebenda. S. 578.

„auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ zu beraten. Weitere Vollmachten hatte das Gremium nicht.²³

In der französischen Zone existierte kein deutsches Organ oberhalb der Länder.²⁴ Die Institutionen der Bizone, insbesondere der Frankfurter Wirtschaftsrat als Parlament des „Vereinigten Wirtschaftsgebiets“, die 1947 ins Leben traten, hatten ausdrücklich nur Kompetenzen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, Ideen und Perspektiven einer künftigen staatsrechtlichen Ordnung Deutschlands waren von den Abgeordneten des Bizonen-Parlaments in Frankfurt ausdrücklich nicht gefragt und nicht erwünscht. Politischen Erklärungen der Parteien stand in den drei Westzonen also nur ein sehr beschränktes Instrumentarium – im wesentlichen auf Landesebene – zur Verfügung. Überzonale Minister- und Ministerpräsidenten-Konferenzen wie die Veranstaltung im Juni 1947 in München hatten allenfalls demonstrativen Charakter.

Das galt auch schon für die gemeinsame Sitzung von Zonenbeirat und Länderrat am 3. April 1946, in der sich die deutschen Vertreter der britischen und der amerikanischen Besatzungszone zu einem einstimmig gefaßten Bekenntnis „Für die deutsche Einheit“ verständigt hatten. Es lautete:

- „1. Unerläßlich ist die sofortige Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.
2. Die wirtschaftliche Einheit ist auf die Dauer ohne politische Einheit nicht möglich. Die Länder sind nur Bausteine dieser höheren Einheit.
3. Nur ein wirtschaftlich und politisch geeintes Deutschland kann seinen Beitrag zum Neubau Europas und zur friedlichen Zusammenarbeit aller Völker leisten.
4. Das deutsche Volk ist gewillt, alle innerdeutschen Hemmnisse auszuschalten und seine ganze Kraft zur Verwirklichung dieses Zieles einzusetzen.
5. Es bedarf dazu nicht nur der sozialen und wirtschaftlichen Unterstützung durch die Vereinten Nationen. Die derzeitigen Verhältnisse auf deutschem Gebiet lassen darüber hinaus die Lösung der Aufgabe ohne **politische** Hilfe der Besatzungsmächte nicht zu.
6. Erforderlich ist vor allem ein aufeinander abgestimmter Aufbau der Länder und Zentralstellen, der allein das Werden der politischen Einheit

23 Zu Aufbau, Kompetenz und Funktion der Gremien der britischen und amerikanischen Zone vgl. die Einleitung von Walter Vogel und Christoph Weisz zur Edition Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. von Bundesarchiv und IfZ, 5 Bände, Wien 1976–1982 (künftig: AVBRD).

24 Im Gegensatz zur amerikanischen und britischen Besatzungszone lag die französische Zone lange Zeit im Windschatten der Forschung. Die Ursache lag vor allem in der ungünstigen Quellenlage. Vgl. jetzt Edgar Wolfrum, Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vorgesehenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952, Düsseldorf 1991.

des deutschen Volkes gewährleistet und damit die Verwirklichung seiner europäischen Aufgabe ermöglicht.“²⁵

Aufgrund der Dominanz der Parteipolitiker fand im Zonenbeirat eine intensivere Debatte über gesamtdeutsche Verfassungsfragen statt als im Länderrat der US-Zone, in dem die Protagonisten des Föderalismus walteten, (die sich damals erst in zweiter Linie als Exponenten ihrer jeweiligen Partei empfanden und eine gewisse Distanz zu den Parteigremien kultivierten). Im Juli 1947 hatte der Zonenbeirat die Parteien aufgefordert, Vorschläge zu einer deutschen Verfassung vorzulegen, im November 1947 wurde über die Vorstellungen diskutiert. Einleitend machte der Vorsitzende Fritz Henßle (SPD) deutlich, was in der Verfassungsdebatte gemeint war: sie könne „nur den Sinn haben, von deutscher Seite die Grundgedanken auszusprechen, die wir bei der Wiederherstellung der von uns geforderten Reichseinheit beachtet wissen wollen“.²⁶

Die Diskussion war im Hinblick auf die Londoner Konferenz der Außenminister der vier Großmächte (25. November bis 15. Dezember 1947) angesetzt worden. Die Londoner Konferenz hatte die deutsche Frage zur Tagesordnung, man erhoffte auf deutscher Seite noch die Überwindung der deutschlandpolitischen Stagnation und beschwor den vier Großmächten gegenüber letztmalig die Einheit der Nation.

So unterschiedlich die eingereichten Verfassungsvorstellungen der Parteien waren, so war das Postulat allen selbstverständlich, daß jede zu diskutierende Verfassungsordnung in einem vierzonal geeinten Deutschland gelten werde. Die Differenzen in der Verfassungsdebatte betrafen bis Ende 1947 nicht den Geltungsbereich, sondern die Frage der Repräsentation. Den Verfechtern eines zentralisierten Einheitsstaats (nord- und nordwestdeutsche CDU, FDP, SPD, KPD) standen die Anhänger unterschiedlicher föderalistischer Konzeptionen gegenüber, deren strengste Observanz in Bayern (CSU, Bayernpartei) mit staatenbündischen Konzepten („Vereinigte Staaten von Deutschland“) verfochten wurde. Wie die bayerische SPD unter Wilhelm Hoegner in dieser Frage nicht mit der Parteizentrale in Hannover übereinstimmte, so gab es erhebliche Differenzen zwischen der südwestdeutschen CDU (im Bündnis mit der CSU im „Ellwanger Kreis“ operierend) und der von Adenauer geführten CDU der britischen Zone. Im „Ellwanger Kreis“ wurde die intensivste Verfassungsdebatte innerhalb der CDU und CSU geführt.²⁷ Die Zusammenkünfte ab März 1947 standen anfangs im Zeichen von Grundsatzfragen christlicher Politik, sie konzentrierten sich dann auf das Problem einer föderalistischen Neugestaltung

25 Der Zonenbeirat zur Verfassungspolitik, Hamburg 1948. Als Manuskript gedruckt, S. 9 (Archiv IfZ Dk 700.001).

26 17. Sitzung des Zonenbeirats der britisch besetzten Zone in Hamburg, 24.11.1947, in: AVBRD, Bd. 3, S. 852–897 (zit. 852).

27 Vgl. Wolfgang Benz, Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im „Ellwanger Kreis“ 1947/48, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 776–820.

Deutschlands. Die „Grundsätze für eine deutsche Bundesverfassung“ wurden im April 1948 mit einer von Adenauer geleiteten Delegation der unitaristischen eingestellten CDU der britischen Zone diskutiert. Die Fronten blieben bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes offen: Umstritten war und blieb das Problem einer zweiten Kammer. Der Adenauer-Flügel sympathisierte mit einem Senat, der teils von den Landtagen gewählt, teils berufsständischer Delegation dienen sollte, die süddeutschen Föderalisten kämpften um das reine Bundesratsprinzip.

Lediglich in einem der programmatischen Entwürfe der verschiedenen Flügel und Landesverbände der CDU war das Problem der deutschen Einheit thematisiert, und zwar in den „Richtlinien für die künftige Verfassung“, die Robert Lehr im August 1947 dem Zonenbeirat der britischen Zone präsentiert hatte. Dort hieß es: „Nach den Konferenzen der Außenminister in Moskau und Paris und nach der zweiten Pariser Konferenz (der sechzehn Staaten) ergibt sich die derzeitige Zweiteilung Europas und Deutschlands. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß der Westen die geschichtliche Aufgabe erhält, Wegbereiter und Hüter der künftigen Reichseinheit zu sein. Deshalb müssen alle Bestimmungen einer solchen Übergangslösung im Hinblick auf das künftige politisch, wirtschaftlich und kulturell wieder einige Deutschland gehalten werden.“²⁸ In den Formulierungen sind die Umrisse der Kernstaattheorie bereits sichtbar, die Hinwendung zu den westlichen Großmächten, denen nun nicht nur die Rolle der Schützer vor kommunistischer Aggression, sondern auch der Treuhänder deutscher Einheit zugewiesen wurde.

Für die SPD hatte ein vom Parteivorstand eingesetzter verfassungspolitischer Ausschuß ab September 1946 „Richtlinien für den Aufbau der Deutschen Republik“ erarbeitet, die im Juli 1947 vom Nürnberger Parteitag einstimmig angenommen worden waren. Mit einigen Modifizierungen (bezüglich der Stellung des Staatsoberhauptes, Konstruktives Mißtrauensvotum, Ablehnung eines Notstandsrechts) war es ein Rückgriff auf die Weimarer Reichsverfassung unter starker Betonung des Prinzips des dezentralisierten Einheitsstaats. Das Verfassungsproblem an sich war den Sozialdemokraten damals wenig wichtig, sie rechneten damit, daß es erst zu späterer Zeit akut werden würde, da sie sich ganz darauf eingestellt hatten, daß Verfassungsfragen erst nach dem Ende der Besatzungsherrschaft auf die Tagesordnung kommen könnten. Zunächst erwarteten sie ein Besatzungsstatut und nahmen es als gegeben, daß Staats- und Hoheitsrechte Sache der Alliierten waren.²⁹

28 Robert Lehr, Richtlinien für die künftige Verfassung 25.8.1947 (Zonenbeirat Drucksache 426). Deutscher Bundestag/Parlamentsarchiv Best. 1.

29 Diese Haltung spiegelt sich in Akten und Korrespondenzen aller führenden Sozialdemokraten, vgl. Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn, dort insbesondere die Nachlässe Walter Menzel, Carlo Schmid, Fritz Henßle und der Bestand Kurt Schumacher.

Die SPD-Richtlinien bleiben bis zum Sommer 1948 verbindlich, das Problem der nationalen Einheit spielte im Kontext der Verfassungskonzeption keine Rolle für die SPD. Dasselbe galt auch für die Deutsche Zentrumspartei, die in ihrem Programmentwurf um föderalistische Prinzipien und um christlich-weltanschauliche Positionen rang.³⁰ Lediglich die Deutsche Partei stellte ihrer Erklärung zur Verfassung des deutschen Gesamtstaats im November 1947 ein Bekenntnis zur deutschen Einheit und zum ungeschmälernten territorialen Fortbestand des Deutschen Reiches voran, in dem es hieß:

„Deutschland darf nicht durch Verstümmelung seines Gebiets lebensunfähig gemacht werden... Darum sind die rechtens nach wie vor zum Deutschen Reich gehörenden deutschen Ostgebiete, ohne die Deutschland nicht leben kann, zurückzugeben. Desgleichen muß das deutsche Saargebiet wieder in die deutsche Wirtschaftseinheit zurückkehren und sind die Forderungen Hollands und anderer Nachbarstaaten auf deutsches Gebiet, das schon Jahrhunderte zu Deutschland gehört, zurückzuweisen.“³¹

II. *Programme und Realitäten: Kernstaat und Magnettheorie*

1. *Entfremdung und Stagnation. Die Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz 1947 als Symptom*

Dem Wunsch nach geordneten Verhältnissen und der Beseitigung der Kriegsschäden kontrastierten im westlichen Verständnis die einschneidenden Reformen im gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen System, die das sowjetische Besatzungsregime propagierte und in der Ostzone durchsetzte. Im Westen wurden die Veränderungen – symbolisch und für die SPD der Westzonen traumatisch war die Vereinigung von KPD und SPD zur SED – als bedrohlich und hemmend empfunden.

Die Dynamik des materiellen Wiederaufbaus, stimuliert durch die Fusion der amerikanischen und britischen Besatzungszone mit Wirkung vom 1. Januar 1947 und die Ankündigung des Marshall-Plans im Juni 1947, trug erheblich zur Entfremdung zwischen den Westzonen (innerhalb derer das französische Besatzungsgebiet freilich bis 1948/49 ein Eigenleben führte) und der sowjetischen Besatzungszone bei. Die Anpassungsbereitschaft der deutschen

30 Die Deutsche Zentrumspartei war als christliche sozialfortschrittliche Partei auf überkonfessioneller Grundlage im Sommer 1945 neu gegründet worden, sie stand links von der CDU und hatte in Nordrhein-Westfalen bis Anfang der 50er Jahre eine solide Basis; Carl Spiecker, Richtlinien für eine künftige deutsche Verfassung, 12.8.1947 (Zonenbeirat/Drucksache 396), Deutscher Bundestag/Parlamentsarchiv Best. 1

31 Heinrich Hellwege, Richtlinien für die künftige deutsche Verfassung, 5.8.1947, erweitert als Erklärung zur Verfassung des deutschen Gesamtstaates, 24.11.1947 (Zonenbeirat/Drucksache 395), Deutscher Bundestag/Parlamentsarchiv Best. 1; vgl. AVBRD 3, S. 888–889.

Mandatsträger an die Demokratie- und Ordnungsvorstellungen der jeweiligen Besatzungsmacht vertiefte die Verständigungsschwierigkeiten und beschleunigte das Auseinanderdriften der Zonen. Das Problem war 1947 deutlich erkennbar und kulminierte im öffentlichen Bewußtsein in der legendären Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz.

Diese Münchner Ministerkonferenz – die als vierzonale Veranstaltung gedacht war, aber schon nach den Präliminarien am Vorabend nur als Westzonen-Konferenz abgehalten wurde – wird immer noch als eine vertane Chance zur Erzwingung der deutschen Einheit beschworen.³² Die äußere Dramatik des Geschehens am Abend jenes 5. Juni 1947, als sich die Länderchefs aus Ost und West nicht über die Tagesordnung verständigen konnten³³, verleitete damals – im Juli 1947 wie später – zu falschen Schlüssen. Der emphatische Ausruf des Gastgebers, des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard, „Das ist die Spaltung Deutschlands“, markierte zwar effektiv die Situation beim Aufbruch der Ostzonenvertreter, und er dient dazu, den vorzeitig abreisenden Vertretern der Ostzone die Schuld zuzuweisen, aber er beschrieb keine neue oder gar überraschend entstandene Lage. Die Politiker aus den drei Westzonen hatten sich von der Teilnahme der Kollegen aus dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands von Anfang an nichts oder wenig versprochen. Das war in den Vorgesprächen längst deutlich geworden. Allenfalls eine demonstrative Wirkung auf die Besatzungsmächte erhoffte man sich ja überhaupt vom Zusammentreffen aller deutschen Ministerpräsidenten, und zwar vor allem hinsichtlich der materiellen Not. Das Bekenntnis zur deutschen Einheit sollte die Begleitmusik zur Darlegung der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten bilden – mehr war nicht geplant.

Die Tagesordnung war das große Politikum, um das debattiert und gestritten wurde, seit der bayerische Ministerpräsident am 7. Mai 1947 die Länderchefs aus allen vier Zonen eingeladen hatte, nach München zu kommen. „Gegenstand der Konferenz“, also hieß es im Einladungstelegramm, solle die „Beratung von Maßnahmen sein, die von den verantwortlichen Ministerpräsidenten den alliierten Militärregierungen in Vorlage gebracht werden“ sollten, „um ein weiteres Abgleiten des deutschen Volkes in ein rettungslos wirtschaftliches und politisches Chaos zu verhindern“. Das deutsche Volk sei nämlich „physisch und seelisch nicht mehr fähig, einen neuen Winter mit Hunger und Frieren im Wohnungselend zerstörter Großstädte, in wirtschaftlicher Auszehrung und in politischer Hoffnungslosigkeit abzuwarten“. Gemeinsam müßten die Ministerpräsidenten daher dem deutschen Volk „Hoffnung auf eine langsame Besserung seines Schicksals“ machen und versuchen, „den Weg zu ebnen

32 Vgl. zuletzt Rolf Steininger. Dieser Vorfall bedeutet die Spaltung Deutschlands. Neue Dokumente zur Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz im Juni 1947, in: Geschichte im Westen 7 (1992), S. 213–230.

33 Alle Protokolle und die Vorgeschichte sind dokumentiert in: AVBRD 2, 444–592.

für eine Zusammenarbeit aller Länder Deutschlands im Sinne wirtschaftlicher Einheit und künftiger politischer Zusammenfassung“.³⁴

Die Amerikaner und die Briten hatten keine Einwände gegen den Plan der Münchner Konferenz erhoben. Der französische Militärgouverneur machte die Erlaubnis zur Teilnahme der Regierungschefs der Länder seiner Zone aber davon abhängig, daß kein politisches Thema erörtert werden dürfe, daß sich die Debatte vielmehr ausschließlich auf wirtschaftliche Angelegenheiten beschränke. Solche Beschränkungen und Beschneidungen im Konferenzprogramm bedeuteten aber fast zwangsläufig die Ausgrenzung der Vertreter der Ostzone schon im Vorfeld der Veranstaltung. Diese hatten nämlich mit der Antwort auf die Einladung nach München erst lange auf sich warten lassen und dann zu erkennen gegeben, daß man ganz andere Vorstellungen über die geplante Konferenz hatte. Ihr Vorschlag, den Teilnehmerkreis durch Vertreter von Parteien und Gewerkschaften zu erweitern, um dem Treffen in München die breiteste Grundlage zu geben, stieß im Westen auf Unverständnis – und nicht weniger die Forderung: „in den Mittelpunkt der Tagesordnung die Schaffung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu stellen“ oder gar „in Anbetracht des gesamtdeutschen Interesses“ den Tagungsort nach Berlin zu verlegen.³⁵

Die Forderungen aus der sowjetischen Zone standen dem Verdikt in der französischen Zone, die politische Gretchenfrage aufzuwerfen, diametral gegenüber. Man sah der Begegnung mit den fünf Länderchefs der Ostzone also mit wenig Optimismus entgegen. Carlo Schmidts Erinnerung daran ist repräsentativ für die Position der Westdeutschen: „Ich hatte keine Illusionen: Die Unterhändler der Sowjetzone würden die Annahme ihrer volksdemokratischen Rezepte zur Bedingung einer jeden ‚gesamtdeutschen‘ Einigung machen. Und diese Rezepte schienen mir nach den Erfahrungen, die man in der Ostzone gemacht hatte, nicht annehmbar zu sein. Ich war von vornherein entschlossen, mich dagegenzustellen, nicht, weil ich mich durch ein Veto der französischen Militärregierung gebunden gefühlt hätte, sondern weil ich Verhandlungen allein unter den Ministerpräsidenten der Länder über das Thema ‚Herstellung der deutschen Einheit‘ zu diesem Zeitpunkt und in Anbetracht der Ansichten der Sowjetmacht für Augenauswischerei hielt.“³⁶

Tatsächlich war die Ministerpräsidentenkonferenz als vierzonale Veranstaltung wegen Verfahrensfragen dann in den frühen Morgenstunden des 6. Juni 1947 gescheitert. Die Westzonenvertreter sprachen von einem Theatercoup und verabschiedeten ein Pressecommuniqué, in dem den Länderchefs der

34 Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten zu einer Ministerpräsidentenkonferenz für alle vier Zonen. 7.5.1947, in: AVBRD 2, S. 424–425.

35 Die Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone an den bayerischen Ministerpräsidenten Ehard über die geplante Ministerpräsidentenkonferenz in München. 28.5.1947, in: AVBRD 2, S. 455–456.

36 Carlo Schmid, *Erinnerungen*, Berlin, München, Wien 1979, S. 287.

Sowjetzone die Schuld ganz allein zugemessen wurde. Daß sie sich kaum flexibler gezeigt und dadurch zur frostigen Atmosphäre beigetragen hatten, hoben die westlichen Ministerpräsidenten nicht weiter hervor. Die zahlreichen Rechtfertigungsversuche der Folgezeit auf beiden Seiten bewiesen vor allem, daß die Spaltung Deutschlands längst im Gange war. In der Ostzone breitete sich schon vor der Münchner Konferenz das Gefühl aus, von den Westdeutschen abgeschrieben zu sein. Der Generalsekretär des Länderrats der US-Zone, Roßmann, wurde auf einer politischen Reise durch die Ostzone, die er Ende Mai 1947 zur Vorbereitung der Münchner Konferenz unternommen hatte, mit den Gefühlen des Mißtrauens und des Ausgegrenztseins konfrontiert. Die Einberufung der Konferenz wurde von vielen als Versuch gewertet, „die Verantwortung für eine eventuelle Teilung Deutschlands in eine westliche und östliche Sphäre nach Osten abzuschieben“.³⁷

Die USA boten in mehrfacher Hinsicht, je länger die Besatzung dauerte, das attraktivere Vorbild in deutschen Augen als die anderen Besatzungsmächte. Hatten die Amerikaner einerseits den Deutschen das Gefühl eigener kultureller Überlegenheit vermittelt, so beeindruckten sie durch ihre materiellen Ressourcen und ihren politischen Pragmatismus, und gegenüber der als Bedrohung empfundenen Sowjetunion konnte lediglich die USA wirksamen Schutz anbieten. Im Zeichen des Kalten Krieges war die Parteinahme für die westliche Seite durch die Bevölkerung der Westzonen weithin eine Selbstverständlichkeit. Die damit verbundene Ausgrenzung der Ostzone und die Abwendung vom Nationalstaat wurde durch das Bekenntnis zur Idee einer (west)europäischen Einigung abgefangen. Die Hinwendung zu Europa wurde emotional (als Ersatz und Trost für die Preisgabe der Einheit der Nation) und politisch (als Weg zur Wiedereingliederung in die Gemeinschaft der Staaten) ein wesentlicher Bestandteil westdeutschen Bewußtseins.

2. *Diskussion der Offerte zur Weststaatgründung und Annahme des alliierten Auftrags im Sommer 1948*

Auf seiten der Westalliierten war der ergebnislose Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 das Signal zur Durchsetzung der kleineren Lösung des Deutschlandproblems. Die diplomatische Vorbereitung der Weststaatgründung – dazu gehörten in erster Linie Zugeständnisse an Frankreich hinsichtlich seiner Saarinteressen und der Internationalen Ruhrkontrolle und die Beschwichtigung der französischen Sicherheitsbedenken – gipfelte in der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz im Frühjahr 1948, bei der den westlichen Nachbarstaaten Belgien, Niederlande und Luxemburg das

³⁷ Bericht von Generalsekretär Roßmann über seine Reise in die sowjetische Zone vom 15.-20. Mai 1947 zur Vorbereitung der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz, 27.5.1947, in: AVBRD 2, S. 447.

Projekt eines deutschen Staates, der aus den drei Westzonen gebildet würde, schmackhaft gemacht wurde.

Das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz wurde auch von den westdeutschen Politikern als arge Enttäuschung empfunden. Ihre Neigung, die Definition der staatlichen Verhältnisse im kleineren Rahmen zu akzeptieren, war durchaus vorhanden und gestiegen, und dies umso mehr, als man die Verantwortung für eine Weststaatgründung ausschließlich bei den Alliierten sah. Die Sowjetunion galt wegen ihrer Haltung im Alliierten Kontrollrat in Berlin und auf den Außenministerkonferenzen seit Potsdam als allein schuldig an der Stagnation der deutschen Frage, umso leichter würde es fallen, deshalb ein Oktroi der Westmächte hinzunehmen, das wenigstens auf dem Gebiet der drei Westzonen Aussicht auf eine neue staatliche Existenz bot.³⁸

Im Schlußkommuniqué der Sechs-Mächte-Konferenz waren das Programm und die organisatorischen Umriss einer neuen Konstitution Westdeutschlands als Minimalkonsens der westlichen Mächte beschrieben: Die Verfassung solle so geschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermögliche, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schütze und gleichzeitig eine hinlängliche zentrale Gewalt vorsehe und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantiere.³⁹

Am 1. Juli 1948 empfangen die elf westdeutschen Länderchefs in Frankfurt aus der Hand der drei Militärgouverneure den Auftrag zur Staatsgründung in Gestalt der Londoner Empfehlungen. Es waren die drei „Frankfurter Dokumente“, deren erstes die verfassungsrechtlichen Bestimmungen enthielt und dessen wichtigster Satz lautete: „Die verfassungsgebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wiederherzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.“⁴⁰ In den anderen beiden Dokumenten waren die Neugliederung der Länder als wünschenswert bezeichnet und die Umriss eines Besatzungsstatuts angedeutet worden.

Der alliierte Auftrag, wie er in den drei Dokumenten fixiert war, sah eine beschränkte und kontrollierte Selbstverwaltung der Deutschen im Rahmen

38 Vgl. Wolfgang Benz, *Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat*, München 1989³, S. 98 f.

39 Schlußkommuniqué der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz, in: *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*. Bd. Vorgeschichte. Beab. von Johannes V. Wagner, Boppard 1975, S. 12 (künft.: Parl. Rat I).

40 Dokumente zur künftigen politischen Entwicklung Deutschlands („Frankfurter Dokumente“), 1.7.1948, in: Parl. Rat I, S. 30 f.

eines Weststaats vor, und zwar auf Probe und unter alliierter Aufsicht, denn es hieß unmißverständlich: „Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassung und des Besatzungsstatuts zu sichern.“⁴¹ Die Diskussion der drei Dokumente, um eine Antwort für die Alliierten zu finden, gehört – von der Öffentlichkeit wenig beachtet – zu den dramatischen politischen Ereignissen der Nachkriegszeit. Die Ministerpräsidenten der drei Westzonen konferierten vom 8. bis 10. Juli 1948 auf dem Rittersturz bei Koblenz. Zuvor und auch am Rande der Besprechungen der elf Länderchefs wurden die „Frankfurter Dokumente“ auch von den Parteipolitikern diskutiert. Die von Konrad Adenauer geleitete Besprechung der CDU-Landesvorsitzenden und der den Unionsparteien angehörenden Teilnehmer der Ministerpräsidentenkonferenz lehnte das Junktim von Besatzungsstatut und westdeutscher Verfassung ab. Die Christdemokraten wollten auch, daß den Alliierten Gegenvorschläge zum Inhalt des Besatzungsstatuts gemacht würden. In der einstimmig gefaßten CDU/CSU-Resolution wurde jedoch die „Ermächtigung, eine wirtschaftliche und politische Neuordnung des Besatzungsgebiets der Westmächte auf föderativer Grundlage in die Wege zu leiten“, begrüßt. Überhaupt bemühten sich die Unionspolitiker, die Offerte der Militärgouverneure so pragmatisch und positiv wie nur möglich zu bewerten.

Die Reaktion des Sozialdemokraten, deren Länderchefs sich mit dem Parteivorstand am 7. Juli im Jagdschloß Niederwald bei Rüdesheim berieten, war zurückhaltender. In der SPD standen sich zwei Richtungen gegenüber, die Bürgermeister von Hamburg, Max Brauer, und Bremen, Wilhelm Kaisen, und der hessische Ministerpräsident Christian Stock betrachteten die „Frankfurter Dokumente“ als eine Grundlage, auf der man arbeiten könne. Die anderen Sozialdemokraten verhielten sich abwartend bis ablehnend. Der hessische Justizminister Zinn und Erich Ollenhauer, der den kranken Parteichef Kurt Schumacher vertrat, vermittelten zwischen den Fronten mit dem Ergebnis, daß die SPD-Vertreter sich insgesamt, wenn auch zögernd, zur Mitarbeit bereit erklärten. Bei den Alliierten entstand aufgrund dieser Vorbesprechung der SPD und der vorausgegangenen Beschlüsse des Parteivorstands der Eindruck, daß die Verhandlungsbereitschaft der Sozialdemokraten gering sei und daß von deren ultimativ klingenden Forderungen und Bedingungen die Hauptschwierigkeiten auf deutscher Seite zu erwarten seien. Tatsächlich aber unterschied sich die Stimmung in beiden Parteien nicht wesentlich. Die CDU/CSU argumentierte lediglich elastischer, während die Haltung der SPD wegen

41 Ebenda, S. 34; Konferenz der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen, Koblenz (Rittersturz), 8.-10.7.1948, in: Parl. Rat I, S. 60 ff.

der Betonung der prinzipiellen Vorbehalte intransigent wirkte, als sie in Wirklichkeit war.⁴²

Hinter dem Provisoriumskonzept, dessen Terminologie („Zweckverband administrativer Qualität“ anstelle von „Staat“) wesentlich von Carlo Schmid geprägt wurde – die SPD hatte ja immer wieder die These vertreten, die eigentliche Verfassung werde das Besatzungsstatut sein⁴³ –, standen aber auch die anderen Parteien, natürlich nicht die KPD. Walter Strauß etwa, einer der wichtigsten Verfassungspolitiker der CDU, vertrat ebenfalls schon vor der Koblenzer Konferenz die Ansicht, daß einzig ein „Verwaltungsstatut des westdeutschen Besatzungsgebietes“ in Frage komme, daß es aber unmöglich auszuarbeiten sei, „wenn nicht vorher durch ein endgültiges Besatzungsstatut, zu dem die deutschen Stellen gehört werden müssen, die Kompetenzen zwischen der Besatzungsmacht und den deutschen Regierungsstellen klar und umfassend abgegrenzt worden sind“.⁴⁴

Reinhold Maier, der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, neben fünf Sozialdemokraten und fünf Christdemokraten der einzige Länderchef, der der FDP angehörte, erinnerte sich an die Stimmung der Koblenzer Konferenz, als die deutschen Politiker zwar einen Staat errichten, ihn aber nicht so nennen wollten. „Wie vom Himmel gefallen“ sei da das Wort „Grundgesetz“, das sich „unserer Köpfe und Sinne, gewiß nicht der Herzen“ bemächtigt habe. Die bescheidene Nomenklatur schien der Strohalm, an den man sich klammern konnte, wenn man das Odium der definitiven Staatsgründung scheute.⁴⁵

Die deutsche Antwort an die Militärgouverneure, zusammengefaßt als „Koblenzer Beschlüsse“, legte das Schwergewicht der Argumentation auf die Betonung des Wunsches zur Einheit der Nation: „In Anbetracht der bisherigen Unmöglichkeit einer Einigung der vier Besatzungsmächte über Deutschland müssen die Ministerpräsidenten besonderen Wert darauf legen, daß bei der bevorstehenden Neuregelung alles vermieden wird, was geeignet sein könnte, die Spaltung zwischen West und Ost weiter zu vertiefen.“ Eine deutsche Verfassung könne deshalb erst geschaffen werden, „wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren; bis zum Eintritt dieses Zeitpunkts können nur vorläufige organisatorische Maßnahmen getroffen werden“. Die Verantwortung für das zu errichtende

42 Die CDU/CSU zu den Vorschlägen der Militärgouverneure. Resolution im Nachlaß Walter Strauß. Archiv IfZ, ED 94, Bd. 139; zur Haltung der SPD vgl. das Grundsatzreferat Kurt Schumachers auf dem Düsseldorf-Parteitag: Die sozialdemokratische im Kampf für Freiheit und Sozialismus, Hannover 1948.

43 Vgl. die Resolution des SPD-Parteivorstands vom 20.12.1947 an den Alliierten Kontrollrat, in: Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit, S. 46. Die Position vom Primat eines Besatzungsstatuts wurde in der Folgezeit von Sozialdemokraten immer wieder neu artikuliert und bekräftigt.

44 Walter Strauß, Verwaltungsstatut vor gesamtdeutscher Verfassung (4.7.1948), Archiv IfZ, Nachlaß Walter Strauß. ED 94, Bd. 139

45 Reinhold Maier, Erinnerungen 1948–1953. Tübingen 1966, S. 62.

Provisorium wollten die Ministerpräsidenten gerne klar gestellt haben, sie wünschten, „daß in dem Besatzungsstatut deutlich zum Ausdruck kommen sollte, daß auch die nunmehr geplanten organisatorischen Änderungen letztlich auf den Willen der Besatzungsmächte zurückgehen, woraus sich andere Konsequenzen ergeben müssen, als wenn sie ein Akt freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes wären“.⁴⁶

Grund dieser deutlichen Sprache der Ministerpräsidenten war zweifellos auch die Tatsache gewesen, daß der Gegensatz von Landespolitikern und Parteigremien, wie er sich im Streit um die nationale Repräsentation (also darum, wer als Sachwalter deutscher Politik auftreten dürfe) mindestens zwei Jahre lang manifestiert hatte, kaum mehr existierte. In Koblenz hatten die Parteispitzen und die Länderchefs zusammengearbeitet. Die Ergebnisse der Tagung auf dem Rittersturz beruhten sowohl auf den Kompromissen der Ministerpräsidenten untereinander als auch mit den Parteispitzen der CDU/CSU und der SPD. In der Diktion der Koblenzer Beschlüsse war die Handschrift der Sozialdemokraten deutlicher erkennbar. Es war jedenfalls ein einmütiger deutscher Standpunkt formuliert worden.

Die deutsche Antwort auf den alliierten Vorschlag, die Verfassung eines Weststaats zu schaffen, war freilich widersprüchlich und verzweigt. Die Vollmachten zur Herstellung einer „kraftvollen Organisation“ der deutschen Gebiete unter westalliiertem Jurisdiktions wurden angenommen, eine deutsche Nationalversammlung und die Ausarbeitung einer Verfassung sollten aber bis zu einer gesamtdeutschen Regelung und bis zur Herstellung ausreichender deutscher Souveränität zurückgestellt bleiben. Die Landtage sollten eine Vertretung, einen „Parlamentarischen Rat“ nominieren, dieser ein provisorisches „Grundgesetz“ ausarbeiten, es dürfe aber keinem Volksentscheid unterworfen werden, um den Charakter des Provisoriums zu wahren, und schließlich verlangten die Ministerpräsidenten von den Alliierten, sie müßten vor dem Beginn der Beratungen über dieses Grundgesetz ihr Besatzungsstatut erlassen.

Die Alliierten reagierten unterschiedlich, der britische Militärgouverneur nahm es gelassen, der französische war eher erfreut über die Haltung der Deutschen, denn sie versprach mindestens Zeitgewinn. General Clay war erbost und ließ es die Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone spüren. Er hielt ihnen vor, die Londoner Empfehlungen müßten insgesamt akzeptiert werden. Verhandlungen darüber seien nicht möglich. Dem hielt der Bremer Bürgermeister Kaisen entgegen: „Nehmen wir an, die Ministerpräsidenten wären in Koblenz anders verfahren, sie hätten einen Weststaat aufgerichtet mit einer Verfassung wie vorgesehen und einer Regierung und sie hätten dazu das Besatzungsstatut nach der Richtung hin geprüft, was dieser Regierung fehlt,

46 Antwortnote der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen an die Militärgouverneure, 10.7.1948 in Parl. Rat I S. 144 f.

um sie mit allen nötigen Vollmachten auszurüsten, dann wäre die politische Linie dahin verlaufen, diesen Weststaat in einen Westblock einzugliedern und eine politische Linie zu beziehen, die alle, aber auch alle Konsequenzen in sich birgt. Das hieße, die deutsche Position aus dem jetzigen völkerrechtlichen Zustand herauszubringen und in ein politisches Kräftespiel der Weltpolitik einzuschalten. Es ist erklärlich, daß eine solche Konzeption nach Lage der Dinge von den elf Ministerpräsidenten in Koblenz nicht erwogen wurde.⁴⁷

Die Gegensätze waren aber nicht so erheblich, wie es schien, und die Bereitschaft der Deutschen, den Verfassungsauftrag zu akzeptieren, war groß. Bei einer weiteren Besprechung Mitte Juli im Jagdschloß Niederwald bei Rüdesheim waren die Ministerpräsidenten schon so optimistisch, daß ein Verfassungsausschuß ins Auge gefaßt wurde, und Ministerpräsident Ehard lud diesen Ausschuß nach einem ruhigen Ort in Bayern ein, es war die Geburtsstunde des Verfassungskonvents, der im August 1948 auf der Insel Herrenchiemsee tagte. Nachdem die Alliierten den deutschen Ministerpräsidenten erklärt hatten, wie wenig verhandlungsfähig der Auftrag sei (man könne ihn annehmen oder ablehnen), berieten sich die Länderchefs abermals, nun schon auf die Linie eingeschwenkt, daß man in der Sache den Londoner Empfehlungen folgen und lediglich in der Terminologie so weit wie möglich auf der in Koblenz eingeschlagenen Linie bleiben wolle. Das hieß, keine „Verfassung“, sondern ein „Grundgesetz“, das von einem „Parlamentarischen Rat“ und nicht von einer „Verfassungsgebenden Versammlung“ ausgearbeitet werde und nicht durch das Volk, sondern durch die Landtage ratifiziert werden würde.

Als einziger erhob Carlo Schmid noch Bedenken gegen die gefundenen Kompromisse. Er vertrat die Meinung, man verschütte endgültig die geringe Chance, die es für eine Viermächteeinigung über ein einheitliches Deutschland noch gebe. Zur Option für den Weststaat hatte jedoch ein anderer Sozialdemokrat, der als Gast anwesende Vertreter Berlins, wesentlich beigetragen. An Stelle der amtierenden Oberbürgermeisterin Louise Schroeder, die noch in Koblenz gegen den Weststaat plädiert hatte, war nun Ernst Reuter an den Rhein gefahren, um den Berliner Standpunkt zu vertreten. Sein Eintreten für eine westdeutsche Lösung war durch eine Mehrheit von Politikern aller demokratischen Parteien Berlins gedeckt. Die sowjetische Blockade der Stadt und die Luftbrücke der Westmächte, die zum Zeitpunkt der Entscheidung der Ministerpräsidenten schon vier Wochen andauerte, hatten zum Stimmungswandel erheblich beigetragen, und der Mehrheit der westdeutschen Länderchefs

47 Besprechung der Ministerpräsidenten der US-Zone mit General Clay, 14.7.1948. ebenda, S. 155.

kam das Plädoyer aus dem bedrängten Berlin für die Gründung des Weststaates äußerst gelegen.⁴⁸

Trotz der Bereitschaft der westdeutschen Mandatare, dem alliierten Auftrag nachzukommen und mit einigen verbalen Retuschen den nach den Londoner Empfehlungen gestalteten Weststaat zu errichten, verlief die abschließende Konferenz mit den Militärgouverneuren am 26. Juli 1948 in Frankfurt dramatisch, und sie drohte mehrmals ergebnislos abgebrochen zu werden. Angesichts der unbeugsamen Haltung der alliierten Militärgouverneure in der Frage des Verfassungsplebiszits, auf das sich die Differenzen schließlich zugespitzt hatten, bemühten sich die Deutschen, unter allen Umständen deutlich zu machen, daß sie den Weststaat wollten. Der Bremer Bürgermeister Kaisen erklärte ausdrücklich, die unterschiedlichen Auffassungen in Einzelheiten, insbesondere in Fragen der Nomenklatur, bräuchten das gerade begonnene Verfahren der Weststaatgründung doch nicht zu verzögern, man habe lediglich den Wunsch, daß die deutschen Argumente den alliierten Regierungen mitgeteilt würden. Auch seien die Vorbereitungen für den Parlamentarischen Rat bereits getroffen. Der Bremer Sozialdemokrat signalisierte damit, daß die Deutschen unter allen Umständen zu Verfassungsberatungen und zur Staatsgründung bereit waren. Die Erleichterung war groß, als der französische Militärgouverneur das Schlußwort sprach. Es enthielt genau die Formel, die die Deutschen eigentlich hatten vermeiden wollen, nämlich „wenn Sie akzeptieren, die volle Verantwortung zu übernehmen“, dann könne die Sache jetzt in Gang kommen.⁴⁹

3. *Pragmatismus und Westbindung: Die Abkehr vom Nationalstaat, Position Adenauers und der CDU*

Innerhalb der CDU/CSU, die in der französischen und amerikanischen Besatzungszone als lockere Arbeitsgemeinschaft von Landesparteien mit teilweise erheblichen pragmatischen Unterschieden existierte, standen sich zunächst zwei Deutschland-Konzeptionen gegenüber. Die pragmatische Version wurde von Konrad Adenauer vertreten, der seit Sommer 1945 von der Teilung Deutschlands und Europas als einer feststehenden Tatsache überzeugt war. Die idealistische Konzeption vertrat Jakob Kaiser, der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik stammende Politiker, der dem Arbeiterflügel der Widerstandsbewegung des 20. Juli angehört hatte und 1945 als ehemaliger Zentrumsolitiker Mitgründer der CDU in Berlin war. Nach

48 Konferenz der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen, Jagdschloß Niederwald, 21.-22.7.1948, in: Parl.Rat I, S. 172–270; vgl. Thilo Vogelsang, Koblenz, Berlin und Rüdeshheim. Die Option für den westdeutschen Staat im Juli 1948, in: Festschrift für Hermann Heimpel, Göttingen 1971, Bd. 1, S. 161–179; Carlo Schmid, Erinnerungen, S. 331 f.; Aide-mémoire der Ministerpräsidenten, 22.7.1948, in: Parl. Rat I, S. 270–272.

49 Schlußkonferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen, 26.7.1948, in: Parl.Rat I, S. 273 f.

der Absetzung von Andreas Hermes als Vorsitzendem der CDU in der sowjetischen Besatzungszone durch die sowjetische Militärregierung im Dezember 1945 war Jakob Kaiser zusammen mit Ernst Lemmer CDU-Vorsitzender von Berlin und der SBZ geworden und erhob Führungsansprüche („Reichs-CDU“) gegenüber den Westzonen, die von Konrad Adenauer an der Spitze der CDU der britischen Zone, dem wichtigsten Zusammenschluß der Partei bis 1949, erfolgreich zurückgewiesen wurden.

Die Zurückweisung erfolgte nicht nur aus anti-preußischem Affekt (der freilich auch artikuliert wurde: Die Führung Deutschlands sollte weder unter drei- noch unter vierzonalen Gesichtspunkten nach Vorstellung der westdeutschen Politiker in Berlin liegen). Sie gründete sich auf die Ablehnung des Konzeptes eines christlichen Sozialismus, wie ihn die Gruppe um Jakob Kaiser als innenpolitisches Programm verfocht, und sie richtete sich explizit gegen die Positionen Kaisers in der deutschen Frage.

Die Ost-CDU propagierte die Aufrechterhaltung der Reichseinheit und suchte unter Kaisers Führung nach einem dritten Weg für Deutschlands künftige Stellung zwischen den Machtblöcken. Deutschland sollte eine Brückenfunktion zwischen Ost und West einnehmen, die Vorbilder und Rezepte suchte Kaiser in den außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen deutscher Politiker von Bismarck bis Stresemann. Für solche Konzepte bestand freilich in der Konstellation nach 1945 weder Bedarf noch gab es Realisierungschancen.⁵⁰ Die unerwünschte Konzeption Kaisers, die freilich gegenüber Adenauers pragmatischen Vorstellungen den höheren emotionalen Akklamationswert hatte, war innenpolitisch längst erledigt, ehe Ende 1947 die Sowjetische Militäradministration Jakob Kaiser, wie seinen Vorgänger Andreas Hermes zwei Jahre zuvor, aus dem Amt des CDU-Vorsitzenden der SBZ drängte. Konrad Adenauer hatte, gestützt auf seine beträchtliche Hausmacht der CDU der britischen Zone und dank seines taktischen Geschicks, längst die führende Rolle in der CDU errungen.⁵¹

Adenauers deutschlandpolitisches Konzept, wie er es im August 1946 bei der Tagung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone formuliert hatte, das die ökonomische und politische Zusammenfassung der drei Westzonen zu einer Einheit – zum Weststaat – vorsah, wurde für die CDU/CSU rasch verbindlich. Es vereinigte weltanschauliche mit pragmatischen Gesichtspunkten und war, vor dem Hintergrund der Stagnation alliierter Deutschlandpolitik und der Bedrohung durch die Sowjetunion, weithin konsensfähig. Überdies bot es mit der Westorientierung eine Vision und suchte mit der Formel des Provisoriums und dem Anspruch auf gesamtdeutsche Treuhänderschaft nach Möglichkeit das Odium der Spaltung Deutschlands zu vermeiden.

50 Vgl. Deutschlandpolitik der CDU/CSU, in: Handwörterbuch zur deutschen Einheit, hrsg. von Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte, Frankfurt a.M. 1992, S. 191.

51 Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 522 f.

Die erstrebte Anlehnung an Westeuropa und das Ziel einer Aussöhnung mit Frankreich waren ebenso als zukunftsweisende Politik zu vermitteln, wie die strikt antikommunistische Orientierung als notwendig und die Vorstellung der Verteidigung der Werte des christlichen Abendlandes gegen bolschewistische Barbarei als existentiell richtig empfunden wurde. Die Legitimation eines solchen Standpunktes, der im Plädoyer für eine westdeutsche Republik gipfelte, lag in den demokratischen Wahlen in den elf Ländern der drei Westzonen. Aus dieser Legitimation ließ sich auch die Nowendigkeit zu treuhänderischem Handeln für die Bewohner der Ostzone ableiten. Die Westorientierung setzte den Abbau traditioneller Feindbilder gegenüber dem Westen voraus. Das ermöglichte die Aussöhnung mit Frankreich; die Feindbilder des Ostens ließen sich dabei aufrechterhalten und stabilisieren. In der Westorientierung, der damit verbundenen Propagierung des Europagedankens und der dazu notwendigen Voraussetzung der Absage an nationalistische Argumentationen, lag die wesentliche und dauernde Leistung der von der CDU propagierten Deutschlandkonzeption.⁵²

4. *Einheitspostulat und Anti-Kommunismus: Position der SPD und Kurt Schumachers Magnettheorie*

Die SPD tat sich schwer, ihr nationalstaatliches Wunschdenken und den Realismus deutscher Teilung unter einen Hut zu bringen. In seiner schon in den Jahren der Weimarer Republik entstandenen strikt antikommunistischen Grundhaltung ließ sich Kurt Schumacher von niemandem übertreffen, und in der Forderung nach unbedingter Abgrenzung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht sahen sich die Sozialdemokraten durch die Zwangsfusion von KPD und SPD zur SED in der SBZ nur bestätigt. Im gleichen Maße, in dem die SPD Zurückhaltung gegenüber (west)europäischen Einigungsideologien übte (die Idee der Verteidigung des christlichen Abendlandes lag ihr einigermaßen fern), gebrauchte Schumacher in seinen Reden und Interviews ein nationalistisches Vokabular, beharrte er auf der Rückgabe der Ostgebiete und forderte Leistungen von den Alliierten zur wirtschaftlichen und politischen Integration Deutschlands.

Auch die unbedingte Zustimmung der SPD zum Marshall-Plan, die Kurt Schumacher mit der Zurückweisung sowjetischer und ostzonaler Angriffe auf den amerikanischen Imperialismus verband, wollte der SPD-Führer nicht als Generalvollmacht zur Durchsetzung von Teillösungen verstanden wissen. Ebenso lehnte er die Bestrebungen einer „Deutschen Repräsentation“ durch das östliche Projekt eines „Deutschen Volkskongresses“ ab: „Die Sozialdemokratie, deren Politik in allen Zonen die gleiche ist, ist die erste

52 Vgl. Günter Plum, CDU und CSU, in: Benz/Plum/Röder, Einheit der Nation, S. 123 f.

Partei gewesen, die die nationale Einheit gefordert hat, und auch heute fordert. Aber eine provisorische zwangsläufig unfundierte Vertretung, die nach Wunsch und Willen **einer** Siegermacht errichtet würde, müßte Deutschland immer nur in Gegensatz zu den **anderen** Siegermächten bringen.“⁵³

Wie er darauf beharrte, daß das Fallen der Zonengrenze und freie Wahlen in der Ostzone Voraussetzung jeder Entwicklung in der deutschen Frage sein müßten, so war es für Schumacher selbstverständlich, daß die Verantwortung für die deutsche Situation bei den Besatzungsmächten liege und Initiativen – auf der Basis interalliiertes Verständigung, d.h. der Kapitulation der Sowjetunion vor den Westmächten – von den Besatzungsmächten ausgehen müßten. Schumacher wurde nicht müde, die Verantwortung der Alliierten zu beschwören. Es gehörte bis zum Sommer 1948 zur Grundüberzeugung des SPD-Parteivorstands, daß die Alliierten den ersten Schritt tun müßten, daß die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen den Alliierten und Deutschland durch ein Besatzungsstatut jeder staatlichen Existenzgründung vorrangig sei.

Die Rückzugsposition für den Fall einer westlichen Teillösung, die sich ja längst abzeichnete und die Schumacher ebenso kommen sah wie andere prominente Sozialdemokraten (die sich in der Frage der Reichseinheit weniger intransigent verhielten wie Carlo Schmid und Wilhelm Hoegner in Süddeutschland oder Brauer und Kaisen in den Hansestädten), bildete die Betonung des Provisorischen eines jeden gegen die Sowjetunion und den von ihr besetzten Teil Deutschlands gerichteten Gründungsakts. Die Sozialdemokraten gingen in der Absicherung des Wiedervereinigungspostulats im Falle einer Weststaatgründung weiter als CDU/CSU und FDP. Sie beharrten – so lange es ging – auf der Verantwortung der Amerikaner, Briten und Franzosen für einen solchen Gründungsakt, betonten den Primat des Besatzungsrechts vor deutschen Entscheidungen und suchten nach einer Legitimation, die ihnen die Zustimmung zu einem Weststaat als der zwangsläufigen Folge internationaler Konstellation ermöglichen würde.

Kurt Schumacher hatte die Formel in einer Rede auf einer Konferenz des Parteivorstand mit Spitzenpolitikern der SPD in den Landtagen entwickelt: „Man muß soziale und ökonomische Tatsachen schaffen, die das Übergewicht der drei Westzonen über die Ostzone deklarieren, die das Leben im Westen als nützlicher und sinnvoller und angenehmer beweisen. Die Prosperität der Westzonen, die sich auf der Grundlage der Konzentrierung der bizonalen Wirtschaftspolitik erreichen läßt, kann den Westen zum ökonomischen Magneten machen. Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der deutschen Einheit möglich, als diese ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark

⁵³ Kurt Schumacher, Gegen Blockpolitik und kommunistische Repräsentation, Nov. 1947, in: Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf, S. 38–40.

ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist. Es ist gewiß ein schwerer und vermutlich langer Weg.“⁵⁴

Daß diese als Magnettheorie bekannt gewordene und in den folgenden Jahren häufig beschworene Formel tatsächlich am Ende eines langen Weges deutscher Teilung dramatischen Realitätsgehalt bekommen sollte, daran hat lange Zeit niemand glauben wollen, am wenigsten haben wohl die Historiker Schumachers Prognose erst genommen.⁵⁵

Zusammenfassung

Der Wunsch nach materiellem Wiederaufbau gewann bald nach Kriegsende Priorität vor traditionellen Werten wie der Einheit der Nation. Die sowjetische Besatzungszone und das dortige Besatzungsregime wurden im Westen als bedrohlich und den Wiederaufbau hemmend empfunden. Sowohl in kurzlebigen Sezessionsbestrebungen am westlichen wie südlichen Rand des Deutschen Reichs wie in weitgehenden föderalistischen Projekten (Neukonstituierung Deutschlands als Staatenbund) wurde die sowjetische Besatzungszone ausgegrenzt, ebenso in den Überlegungen, einen westlich orientierten deutschen Rumpfstaat als kleineres Übel einem ungeklärten langandauernden Besatzungsregime vorzuziehen. Das politisch-geistige Klima war geprägt durch das Gefühl kultureller Überlegenheit gegenüber den Russen (aber auch gegenüber den Amerikanern, die aber materielle Anreize zu bieten hatten). Der Anspruch der Besatzungsmächte, die Deutschen zur Demokratie zu erziehen, wurde als anmaßend empfunden, aber hingenommen. Die Sehnsucht, der Bevormundung durch die Alliierten unter direkter Besatzungsherrschaft zu entrinnen und zu überschaubaren Verhältnissen zu kommen, war bald stärker als die Furcht vor dem Verlust der nationalen Einheit.

Die Zukunftsängste der Nachkriegszeit summierten sich in einer antikommunistischen Grundstimmung, die aus vielen Gründen konsensfähiger war als eine antifaschistische Haltung, die vielleicht über die west/östliche Zonengrenze hinweg Gemeinsamkeit auch bei verschiedenen Demokratiekonzepten und Gesellschaftsmodellen ermöglicht hätte. Diese Stimmung, bei der traditioneller Antibolschewismus und bürgerlich-konservative Abneigung gegen das verflossene NS-Regime eine harmonische Verbindung eingingen, erleichterte die Option für einen bürgerlich-parlamentarischen Weststaat. Die Option für

54 Kurt Schumacher, Rede am 31.3.1947, ebenda, S. 27.

55 Vgl. z. B. Wolfgang Benz, War die Teilung Deutschlands unvermeidbar?, in: Revue d'Allemagne 21 (1989), S. 395–408. General-Abrechnung mit falschen Einschätzungen und Positionen; Jens Hacker, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin, Frankfurt a.M. 1992. Neue Erkenntnisse zur deutschen Frage in den drei Westzonen 1945–1949 waren angesichts der breiten Forschung nicht zu erwarten.

diesen Weststaat wurde durch den Wunsch nach Westintegration, das hieß vor allem Anschluß an das Wohlstand und Sicherheit verheißende Amerika, rationalisiert. Die Idee der europäischen Einigung gewann Ersatzfunktionen für die frühzeitige Aufgabe der Einheit der Nation, wurde aber rasch zum konstitutiven Element politischer Kultur der Bundesrepublik.

Über die Gestalt des Weststaats bestand, wenn man von der KPD absieht, weitgehender Konsens: Anders als 1918/19 war die parlamentarische Demokratie als Staatsform unumstritten. Zur Diskussion standen lediglich die Details wie der Grad der Föderalisierung, Aufbau und Kompetenzen der Staatsorgane, das Verhältnis Kirche und Staat, Fragen der christlichen Weltanschauung usw.

Die Weststaat-Gründung bedurfte nach innen wie nach außen der Rechtfertigung. Dazu diente die Kernstaat-These, ergänzt und abgestützt durch den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, das Postulat stellvertretenden Handelns auch für die Bewohner der SBZ bzw. DDR und die Magnettheorie, nach der die ökonomische Attraktivität des Weststaats das unter sowjetischer Kontrolle stehende Gebiet irgendwann an sich reißen müsse. Der erhebliche emotionale Erklärungsbedarf für die Option für den Westen, wie er 1948/49 in der politischen Diskussion um die Annahme der westalliierten Offerte zur Staatsgründung öffentlich wurde, hielt an. Der anfängliche Grundkonsens der Parteien, daß es sich um ein räumlich und zeitlich befristetes Provisorium handle, um einen Teilstaat mit demokratischer Legitimation und daraus abgeleiteter treuhänderischer Funktion, wurde erweitert durch das Verständnis von Freiheit als Inbegriff westlicher Wertvorstellungen. Die Forderung nach Wiedervereinigung wurde fester Bestandteil des öffentlichen Diskurses, erstarrte aber relativ bald zum Ritual, weil angesichts der politischen Realität immer weniger daran geglaubt wurde.